

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie  
Leistungsbereich Berufsbildung  
Ressort Grundsatzfragen und Politik  
3003 Bern

14. Februar 2012

## **Weiterbildungsgesetz**

### **Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP stimmt dem Entwurf für ein Weiterbildungsgesetz zu. Sie ist mit den Grundsätzen über die Weiterbildung, den Voraussetzungen für die Förderung der Weiterbildung durch den Bund sowie mit dem Instrumentarium zur Koordination und Beobachtung des Weiterbildungsmarktes im Grossen und Ganzen einverstanden. Wo immer möglich, müssen dabei Eigenverantwortung und Selbstregulierung im Vordergrund stehen.

#### **Bemerkungen zum 1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen**

Die EVP bejaht Zweck und Gegenstand des Entwurfes (Art. 1). Allenfalls kann in Art. 2 Abs. 1 (Geltungsbereich) ergänzt werden, dass dieses Gesetz für den gesamten Bereich der Weiterbildung nach Art. 3 Abs. 3 gilt, um so den Bezug zur Definition in Art. 3 herzustellen:

#### **Art. 2 Geltungsbereich**

- 1 Dieses Gesetz gilt für den gesamten Bereich der Weiterbildung **nach Art. 3 Abs. 3**, soweit die nachfolgenden Bestimmungen keine andere Regelung vorsehen.

Die EVP begrüsst das Konzept des lebenslangen Lernens (Art. 3) und seine Unterteilung in

- die formale Bildung (staatlich geregelte Bildung in Schule, Berufsbildung und Hochschule),
- die nicht-formale Bildung (strukturierte Bildung ausserhalb der formalen Bildung = Weiterbildung)
- sowie die informelle Bildung (Lernen ausserhalb der strukturierten Bildung).

In Art. 4 werden die Ziele des Gesetzes definiert. Diese sind nach Ansicht der EVP zu kompliziert ausgefallen. Klare, gut lesbare und intuitiv fassbare Ziele erleichtern den Vollzug und begünstigen die Wirkung des Gesetzes. Es ist deshalb entscheidend, dass sie knapp und prägnant formuliert werden. Bei der Formulierung in Buchstabe b. stellen sich zwei Probleme: erstens ist es wenig sinnvoll, wenn in einem

Weiterbildungsgesetz der Zugang zur formalen Bildung als Ziel verfolgt wird (und es stellt sich die Frage, ob Buchstabe b. nicht auf die nicht-formale Bildung als die eigentliche Weiterbildung beschränkt werden müsste). Zweitens kann aus der Formulierung „Voraussetzungen schaffen, welche die Teilnahme ermöglichen“ auf einen Fördertatbestand geschlossen werden, der so nicht gemeint ist. Wir schlagen deshalb vor, den Buchstaben b. zu streichen. Buchstabe c. kann geringfügig gestrafft und redaktionell einfacher formuliert werden. In Buchstabe e. bleibt schliesslich unklar, ob mit den Ergebnissen die individuell erzielten Lernfortschritte oder bloss die Entwicklung der Weiterbildungsangebote gemeint ist, welche international vergleichbar sein soll. Geht es weiter darum, dass sich die Schweizer Weiterbildungslandschaft ähnlich weiterentwickeln soll wie im Ausland oder geht es nur darum, dass Monitoring und Statistik einen Vergleich mit dem Ausland ermöglichen sollen? Schliesslich können Bund und Kantone nur bedingt auf eine „internationale Entwicklung“ einwirken und es müsste wohl eher heissen „bei der Entwicklung der Weiterbildung eine Vergleichbarkeit mit internationalen Ergebnissen zu erzielen“. Mangels eines tieferen Verständnisses, was mit diesem Ziel bezweckt werden soll, verzichtet die EVP allerdings auf einen konkreten Vorschlag zur Umformulierung von Buchstabe e. und Art. 4 Bst a. bis d. könnten wie folgt lauten:

#### **Art. 4 Ziele**

Der Bund verfolgt gemeinsam mit den Kantonen die folgenden Ziele in der Weiterbildung:

- a. die Initiative der Einzelnen, sich weiterzubilden, zu unterstützen;
- c. günstige Rahmenbedingungen für die Anbieter von Weiterbildung zu schaffen und namentlich für eine hohe Qualität, Durchlässigkeit, Transparenz und einen chancengleichen Zugang zu sorgen;**
- d. die Koordination der von Bund und Kantonen geregelten und unterstützten Weiterbildung sicherzustellen;

#### **Bemerkungen zum 2. Abschnitt: Grundsätze**

Die EVP unterstreicht, dass die Verantwortung zur Weiterbildung in erster Linie beim Individuum liegen muss und dass zweitens öffentliche wie private Arbeitgeber die Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden unterstützen sollen (Art. 5). Begünstigen ist auch nach der sprachlichen Logik des vorliegenden Entwurfs (die unseres Erachtens rechtlich keinen bindenden Charakter hat) ein zu schwaches Wort in Art. 5 Abs. 2:

#### **Art. 5 Verantwortung**

- 2 Die Arbeitgeber **unterstützen** die Weiterbildung ihrer Mitarbeitenden.

Es ist richtig, dass Bund und Kantone höchstens in Ergänzung zur individuellen Verantwortung und der privaten Initiative zur Weiterbildung beitragen sollen. Keine Anmerkungen hat die EVP zu den in Art. 6 vorgeschlagenen Normen zur Qualitätssicherung und -entwicklung. Ebenfalls einverstanden ist die EVP mit den Anforderungen zur Anrechenbarkeit von Weiterbildung und informeller Bildung an die formale Bildung (Art. 7) und den vier Hauptzielrichtungen zur Verbesserung der Chancengleichheit (Art. 8).

Hingegen ist Art. 9 Abs. 2 ersatzlos zu streichen. Der Weiterbildungsmarkt ist ein Multimilliardenmarkt und die Möglichkeit zur Weiterbildung scheitert nicht selten an den fehlenden finanziellen Ressourcen einer Person. Da ist es nicht falsch, wenn öffentliche und staatlich unterstützte Bildungsanbieter in einzelnen Bereichen leicht unter den Marktpreisen anbieten, zumal diese Institutionen bislang nicht gerade durch Dumping-Angebote aufgefallen sind und in aller Regel von sich aus mehr oder weniger kostendeckende

*Preise verlangen. Weiter werden die genannten Bildungsanbieter ja aus einem bestimmten Grund staatlich unterstützt: erhalten sie Gelder für Aufgaben in der formalen Bildung, sind diese meist nicht so dotiert, dass Weiterbildungsangebote im grossen Stil quersubventioniert werden könnten (dies bliebe aufgrund Art. 9 Abs. 3 auch verboten). Erhalten sie aber Gelder für das Anbieten von Weiterbildungsangeboten, ist unseres Erachtens nur logisch, dass diese Gelder (auch) zur Verbilligung eben dieser Angebote verwendet werden. Schliesslich ist im Gesetz von Weiterbildungsgutscheinen oder ähnlichen Instrumenten abgesehen worden. Es soll daher die Möglichkeit von staatlich vergünstigten Kursen nicht gleich von vornherein ausgeschlossen werden, auch wenn nach Ansicht der EVP auch hier Kostenwahrheit herrschen muss und die Subventionierung höchstens eine minimale sein darf.*

### **Bemerkungen zum 3. Abschnitt: Voraussetzungen für die Förderung durch den Bund**

*Die EVP ist mit den Anforderungen einverstanden, welche von einem Spezialgesetz kumulativ zu erfüllen sind, damit eine Weiterbildung durch den Bund finanziell unterstützt werden kann.*

### **Bemerkungen zum 4. Abschnitt: Entwicklung der Weiterbildung**

*Die EVP ist skeptisch bezüglich dieses Abschnitts. Zunächst einmal ist unklar, was unter „Entwicklung“ der Weiterbildung zu verstehen ist. Wenn es darum geht, das Weiterbildungsangebot als Ganzes weiter zu optimieren und neue Angebote zu entwickeln und zu definieren, dann ist das entsprechend dem Grundsatz in Art. 5 nur am Rande Bundesaufgabe. Zuständig sind vielmehr und in erster Linie die privaten oder öffentlichen Anbieter von Weiterbildungen. Der erläuternde Bericht zum Vorentwurf enthält kaum erhellende Angaben zu diesem Abschnitt, beispielsweise was die bisherigen Anstrengungen oder die verfolgten Ziele betrifft. Die Erarbeitung von Steuerungswissen ist sicher nicht falsch, kann aber auch übertrieben werden.*

*Die Skepsis verstärkt sich angesichts von Art. 11. Wenn mit diesem Artikel in erster Linie Projekte in der Forschung unterstützt werden sollen, stellt sich die Frage einer möglichen Überschneidung z.B. mit den Aktivitäten des Nationalfonds oder weiteren Ausgaben des Bundes in den Bereichen Forschung und Bildung. Diese gilt es zu vermeiden.*

*Der Katalog in Art. 12 Abs. 1 ist zu umfangreich. Beiträge sollen nur gewährt werden für Koordinationsaufgaben, für Qualitätssicherung und –entwicklung und für die Entwicklung der Weiterbildung, nicht aber für tendenziell uferlose und teure Informationsaufgaben (Stichwort öffentliche Kampagnen). Art. 12 Abs. 1 muss entsprechend lauten:*

#### **Art. 12 Beiträge an gesamtschweizerische Organisationen der Weiterbildung**

- 1 Das BBT kann Organisationen der Weiterbildung für Koordinationsaufgaben, für die Qualitätssicherung und –entwicklung sowie für die Entwicklung der Weiterbildung Beiträge gewähren. Vor dem Entscheid über einen Beitrag lädt es die Weiterbildungskonferenz zur Stellungnahme ein.

### **Bemerkungen zum 5. Abschnitt: Erwerb und Erhalt von Grundkompetenzen Erwachsener**

*Die EVP begrüsst die Weiterführung der bestehenden Anstrengungen zur Beseitigung fehlender Grundkompetenzen bei Erwachsenen (z.B. Illiterismus) und deren Integration ins Weiterbildungsgesetz. Sie ist mit dem Katalog der Grundkompetenzen in Art. 13 einverstanden. Skepsis ist höchstens bezüglich Buchstabe c. Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien angebracht. Lesen, Schreiben und Alltagsmathematik stellen grundlegende Kulturtechniken und Kompetenzen dar. Hingegen*

ist es nicht Aufgabe der öffentlichen Hand und auch nicht unbedingt sinnvoll, jedem der das wünscht, einen Computerkurs zu finanzieren.

In Art. 16 kann unseres Erachtens „in Ergänzung zu Massnahmen nach der Spezialgesetzgebung“ gestrichen werden. Sieht die Spezialgesetzgebung Beiträge an die Kantone vor, kann diese Frage dort abschliessend geregelt werden. Sieht die Spezialgesetzgebung keine Beiträge vor, kann das BBT aufgrund der modifizierten Formulierung problemlos aktiv werden. Der zu streichende Passus kann aber unerwünschterweise zu Doppelspurigkeiten und zusätzlichen Beiträgen nebst solchen aufgrund der Spezialgesetzgebung führen.

#### **Bemerkungen zu den Abschnitten 6 und 7: Finanzierung, Statistik und Monitoring**

Die EVP hat keine grundlegenden Anmerkungen zu diesen Abschnitten. Allenfalls sind in Art. 17 Abs. 2 die Artikel anzupassen, nach denen der Bund Beiträge leistet, falls Art. 11 im Sinne der obigen Ausführungen bearbeitet und neu beurteilt wird. Zweitens wird im erläuternden Bericht erwähnt, die Mittel für die Führung einer Weiterbildungsstatistik nach Art. 18 und eines Monitorings nach Art. 19 seien vom BBT im Rahmen der jährlichen Voranschläge einzustellen. Gleiches muss unseres Erachtens für die Weiterbildungskonferenz nach Art. 21 gelten, deren Kosten (allfällige Entschädigungen der Mitglieder, Führen des Sekretariates) ebenfalls vom BBT im Rahmen des jährlichen Budgets zu tragen sind.

#### **Bemerkungen zum 8. Abschnitt: Vollzug und Weiterbildungskonferenz**

Die EVP begrüsst die Einrichtung einer Weiterbildungskonferenz mit Vertretern des Bundes und der Kantone. Bezüglich ihrer Aufgaben schlägt die EVP bloss eine Korrektur vor: In Buchstaben a. ist vorgesehen, dass die Weiterbildungskonferenz die „Entwicklung der Weiterbildung“ beobachten soll. Dies ist – abgesehen vom bereits mehrfach als unklar kritisierten Begriff – nicht notwendig, weil das BBT nach Art. 19 bereits ein Monitoring der Weiterbildung vornimmt. Unter Berücksichtigung dieser geringfügigen Änderungen könnte Art. 21 Abs. 2 Bst. a. deshalb lauten:

##### **Art. 21 Weiterbildungskonferenz**

- 2 Die Weiterbildungskonferenz hat insbesondere die folgenden Aufgaben:
  - a. **Sie nimmt zum Monitoring nach Art. 19 Stellung und berichtet dem Bundesrat periodisch**, ob die Ziele dieses Gesetzes erreicht und die Grundsätze eingehalten werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



Parteipräsident  
Heiner Studer



Generalsekretär  
Joel Blunier